

Allgemeine Geschäftsbedingungen für den Bezug von Produktionsmaterial und Ersatzteilen, die für das Automobil bestimmt sind.

I. Maßgebende Bedingungen

Die Rechtsbeziehungen zwischen Lieferant und Besteller richten sich nach diesen Bedingungen und etwaigen sonstigen Vereinbarungen. Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Schriftform. Andere Allgemeine Geschäftsbedingungen gelten auch dann nicht, wenn ihnen im Einzelfall nicht ausdrücklich widersprochen wurde.

II. Bestellung

1. Lieferverträge (Bestellung und Annahme) und Lieferabrufe sowie ihre Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Schriftform. Lieferabrufe können auch durch Datenfernübertragung erfolgen.
2. Nimmt der Lieferant die Bestellung nicht innerhalb von drei Wochen seit Zugang an, so ist der Besteller zum Widerruf berechtigt. Lieferabrufe werden spätestens verbindlich, wenn der Lieferant nicht binnen zwei Wochen seit Zugang widerspricht.
3. Der Besteller kann im Rahmen der Zumutbarkeit für den Lieferanten Änderungen des Liefergegenstandes in Konstruktion und Ausführung verlangen. Dabei sind die Auswirkungen, insbesondere hinsichtlich der Mehr- und Minderkosten sowie der Liefertermine, angemessen einvernehmlich zu regeln.

III. Zahlung

1. Die Zahlung wird gesondert vereinbart.
Bei Annahme verfrühter Lieferungen richtet sich die Fälligkeit nach dem vereinbarten Liefertermin.
2. Die Zahlung erfolgt durch Überweisung oder Scheck.
3. Bei fehlerhafter Lieferung ist der Besteller berechtigt, die Zahlung wertanteilig bis zur ordnungsgemäßen Erfüllung zurückzuhalten.
4. Der Lieferant ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Bestellers die nicht unbillig verweigert werden darf, nicht berechtigt, seine Forderungen gegen ihn abzutreten oder durch Dritte einziehen zu lassen. Bei Vorliegen von verlängertem Eigentumsvorbehalt gilt die Zustimmung als erteilt.
Tritt der Lieferant seine Forderung gegen den Besteller entgegen Satz 1 ohne dessen Zustimmung an einen Dritten ab, so ist die Abtretung gleichwohl wirksam. Der Besteller kann jedoch nach seiner Wahl mit befreiender Wirkung an den Lieferanten oder den Dritten leisten.

IV. Mängelanzeige

Mängel der Lieferung hat der Besteller, sobald sie nach den Gegebenheiten eines ordnungsgemäßen Geschäftsablaufs festgestellt werden, dem Lieferanten unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Insoweit verzichtet der Lieferant auf den Einwand der verspäteten Mängelrüge.

V. Geheimhaltung

1. Die Vertragspartner verpflichten sich, alle nicht offenkundiger kaufmännischen und technischen Einzelheiten, die ihnen durch die Geschäftsbeziehungen bekannt werden, als Geschäftsgeheimnis zu behandeln, deren Geheimhaltung zu gewährleisten sowie sie ausschließlich zur Vertragsdurchführung (einschließlich der Durchsetzung möglicher Gewährleistungs- und Haftungsansprüche sowie Verfolgung sonstiger vertraglich vorgesehener Zwecke) zu verwenden.

2. Zeichnungen, Modelle, Schablonen, Muster und ähnliche Gegenstände dürfen unbefugten Dritten nicht überlassen oder sonst zugänglich gemacht werden. Die Vervielfältigung solcher Gegenstände ist nur im Rahmen der betrieblichen Erfordernisse und der urheberrechtlichen Bestimmungen zulässig.
3. Unterlieferanten sind entsprechend zu verpflichten.
4. Die Vertragspartner dürfen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung mit ihrer Geschäftsverbindung werben.
5. Die Vertragspartner verpflichten sich, alle Geschäftsgeheimnisse nach dem jeweils aktuellen Stand der Technik wirksam gegen unberechtigten Zugriff, Veränderung, Zerstörung oder Verlust, unerlaubte Übermittlung, anderweitige unerlaubte Verarbeitung und sonstigen Missbrauch zu sichern. Diese Verpflichtung gilt für den Lieferanten jedenfalls als erfüllt, wenn die Anforderungen des VDA ISA (Grundstufe) in der jeweils letzten veröffentlichten Fassung erfüllt sind.
6. Auf vorherige ausdrückliche Anforderung des Bestellers ist der Lieferant verpflichtet, binnen angemessener Frist eine TISAX-Prüfung mit dem vom Besteller vorgegebenen TISAX-Prüfziel durchführen zu lassen und dem Besteller das Ergebnis zur Verfügung zu stellen. Die Vertragspartner verständigen sich einvernehmlich über die Einzelheiten.

VI. Liefertermine und -fristen

Vereinbarte Termine und Fristen sind verbindlich. Maßgebend für die Einhaltung des Liefertermins oder der Lieferfrist ist der Eingang der Ware beim Besteller. Ist nicht Lieferung "frei Werk" vereinbart, hat der Lieferant die Ware unter Berücksichtigung der üblichen Zeit für Verladung und Versand rechtzeitig bereitzustellen.

VII. Lieferverzug

1. Der Lieferant ist dem Besteller zum Ersatz des Verzugsschadens verpflichtet. Dies gilt nicht für entgangenen Gewinn und Schäden aus Betriebsunterbrechung.
2. Bei leichter Fahrlässigkeit beschränkt sich der Schadensersatz auf Frachtmehrkosten, Nachrüstkosten und nach fruchtloser Nachfristsetzung oder bei Wegfall des Interesses an der Lieferung auf die Mehraufwendungen für Deckungskäufe.

VIII. Höhere Gewalt

Höhere Gewalt, Arbeitskämpfe, Unruhen, behördliche Maßnahmen und sonstige unvorhersehbare, unabwendbare und schwerwiegende Ereignisse befreien die Vertragspartner für die Dauer der Störung und im Umfang ihrer Wirkung von den Leistungspflichten. Dies gilt auch, wenn diese Ereignisse zu einem Zeitpunkt eintreten, in dem sich der betroffene Vertragspartner in Verzug befindet. Die Vertragspartner sind verpflichtet, im Rahmen des Zumutbaren unverzüglich die erforderlichen Informationen zu geben und ihre Verpflichtungen den veränderten Verhältnissen nach Treu und Glauben anzupassen.

IX. Qualität und Dokumentation

1. Der Lieferant hat für seine Lieferungen die anerkannten Regeln der Technik, die Sicherheitsvorschriften und die vereinbarten technischen Daten einzuhalten. Änderungen des

Einkaufsbedingungen / Conditions of Purchase

Stand / as of: 17.03.2023



Liefergegenstandes bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Bestellers.

Für die Erstmusterprüfung wird auf die VDA-Schrift „Band 2 Sicherung der Qualität von Lieferungen Produktionsprozess und Produktfreigabe PPF“, hingewiesen.

Unabhängig davon hat der Lieferant die Qualität der Liefergegenstände ständig zu überprüfen. Die Vertragspartner werden sich über die Möglichkeiten einer Qualitätsverbesserung gegenseitig informieren.

2. Sind Art und Umfang der Prüfungen sowie die Prüfmittel und -methoden zwischen dem Lieferanten und dem Besteller nicht fest vereinbart, ist der Besteller auf Verlangen des Lieferanten im Rahmen seiner Kenntnisse, Erfahrungen und Möglichkeiten bereit, die Prüfungen mit ihm zu erörtern, um den jeweils erforderlichen Stand der Prüftechnik zu ermitteln. Darüber hinaus wird der Besteller den Lieferanten auf Wunsch über die einschlägigen Sicherheitsvorschriften informieren.

Für weitergehende Informationen zu Mess- und Prüfprozessen wird auf die VDA-Schrift „Band 5 Prüfprozesseignung, Eignung von Messsystemen, Mess- und Prüfprozessen, Erweiterte Messunsicherheit, Konformitätsbewertung“ hingewiesen.

3. Bei den in den technischen Unterlagen oder durch gesonderte Vereinbarung besonders, zum Beispiel mit "D", gekennzeichneten Merkmalen hat der Lieferant darüber hinaus in besonderen Aufzeichnungen festzuhalten, wann, in welcher Weise und durch wen die Liefergegenstände bezüglich der besonderen Merkmale geprüft worden sind und welche Resultate die geforderten Qualitätstests ergeben haben. Die Prüfungsunterlagen sind mindestens fünfzehn Jahre aufzubewahren und dem Besteller bei Bedarf vorzulegen. Vorlieferanten hat der Lieferant im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten im gleichen Umfang zu verpflichten. Für die Dokumentation und Archivierung wird auf die VDA Schrift „Band 1 Dokumentation und Archivierung – Leitfaden zur Dokumentation und Archivierung von Qualitätsforderungen“ sowie auf die VDA-Schrift „Prozessbeschreibung besondere Merkmale (BM)“ hingewiesen.
4. Soweit Behörden, die für die Kraftfahrzeugsicherheit, Abgasbestimmungen o. ä. zuständig sind, zur Nachprüfung bestimmter Anforderungen Einblick in den Produktionsablauf und die Prüfungsunterlagen des Bestellers verlangen, erklärt sich der Lieferant auf Bitten des Bestellers bereit, ihnen in seinem Betrieb die gleichen Rechte einzuräumen und dabei jede zumutbare Unterstützung zu geben.

X. Mängelhaftung

1. Bei Lieferung mangelhafter Ware kann der Besteller, wenn die jeweiligen gesetzlichen und die nachfolgend aufgeführten Voraussetzungen vorliegen und soweit nicht ein anderes vereinbart ist, folgendes verlangen:
 - a.) Vor Beginn der Fertigung (Bearbeitung oder Einbau) hat der Besteller zunächst dem Lieferanten Gelegenheit zum Aussortieren sowie zur Mangelbeseitigung oder Nach-(Ersatz-) Lieferung zu geben, es sei denn, dass dies dem Besteller unzumutbar ist. Kann dies der Lieferant nicht durchführen oder kommt er dem nicht unverzüglich nach, so kann der Besteller insoweit ohne weitere Fristsetzung vom Vertrag zurücktreten sowie die Ware auf Gefahr des Lieferanten zurückschicken. In dringenden Fällen kann er nach Abstimmung mit dem Lieferanten die Mangelbeseitigung selbst vornehmen oder durch einen Dritten ausführen lassen. Hierdurch

entstehende Kosten trägt der Lieferant. Wird die gleiche Ware wiederholt mangelhaft geliefert, so ist der Besteller nach schriftlicher Abmahnung bei erneut mangelhafter Lieferung auch für den nicht erfüllten Lieferumfang zum Rücktritt berechtigt.

- b.) Wird der Fehler trotz Beachtung der Verpflichtung gemäß Abschnitt IV (Mängelanzeige) erst nach Beginn der Fertigung festgestellt, so kann der Besteller

- nach § 439 Absatz 1, 3 und 4 BGB Nacherfüllung und Ersatz der zum Zwecke der Nacherfüllung erforderlichen Transportkosten (ohne Abschleppkosten) sowie Aus- und Einbaukosten (Arbeitskosten; Materialkosten soweit vereinbart) verlangen
- oder den Kaufpreis mindern.

- c.) Bei einer über die Lieferung mangelhafter Ware hinausgehenden schuldhafte Pflichtverletzung (z.B. bei einer Aufklärungs-, Beratungs- oder Untersuchungspflicht) kann der Besteller Ersatz des daraus resultierenden Mangelfolgeschadens sowie des vom Besteller seinem Kunden gemäß Gesetz erstatteten Mangelfolgeschadens nach Maßgabe von Abschnitt XI verlangen. Mangelfolgeschaden ist der Schaden, den der Besteller durch die Lieferung mangelhafter Ware an anderen Rechtsgütern als an der Ware selbst erlitten hat.

Weitergehende Aufwendungs- und Schadensersatzansprüche wegen der Lieferung mangelhafter Ware aus § 437 BGB oder unmittelbar aus den dort genannten Vorschriften hat der Besteller nur, wenn dies vertraglich vereinbart ist. Bei neu abzuschließenden Vereinbarungen ist Abschnitt XV Ziffer 1 zu beachten.

2. Dem Lieferanten sind die von ihm zu ersetzenden Teile auf Verlangen und auf seine Kosten vom Besteller unverzüglich zur Verfügung zu stellen.
3. Ansprüche aus Mängelhaftung verjähren mit Ablauf von 24 Monaten seit Fahrzeugerstzulassung oder Ersatzteile- Einbau, spätestens jedoch nach Ablauf von 30 Monaten seit Lieferung an den Besteller. Für Ware für Nutzfahrzeuge gilt die gesetzliche Verjährungsregelung, sofern nichts anderes vereinbart ist.
4. Mängelansprüche entstehen nicht, wenn der Fehler zurückzuführen ist auf Verletzung von Bedienungs-, Wartungs- und Einbauvorschriften, ungeeignete oder unsachgemäße Verwendung, fehlerhafte oder nachlässige Behandlung und natürlichen Verschleiß sowie vom Besteller oder Dritten vorgenommene Eingriffe in den Liefergegenstand.
5. Bei mangelhaften Lieferungen bleiben Ansprüche des Bestellers aus Produkthaftungsgesetz, unerlaubter Handlung und Geschäftsführung ohne Auftrag von diesem Abschnitt X unberührt. Beschaffenheits- und Haltbarkeitsgarantien müssen ausdrücklich schriftlich im Einzelnen als solche bezeichnet werden.

XI. Haftung

Soweit nicht an anderer Stelle dieser Bedingungen eine andere Haftungsregelung getroffen ist, ist der Lieferant nur wie folgt zum Ersatz des Schadens verpflichtet, der dem Besteller unmittelbar oder mittelbar infolge einer fehlerhaften Lieferung, wegen Verletzung behördlicher Sicherheitsvorschriften oder aus irgendwelchen anderen, dem Lieferanten zuzurechnenden Rechtsgründen entsteht.

1. Die Schadensersatzpflicht ist grundsätzlich nur gegeben, wenn den Lieferanten ein Verschulden an dem von ihm verursachten Schaden trifft.
2. Wird der Besteller aufgrund verschuldensunabhängiger Haftung nach Dritten gegenüber nicht abdingbarem Recht in Anspruch genommen, tritt der Lieferant gegenüber dem Besteller insoweit

Einkaufsbedingungen / Conditions of Purchase

Stand / as of: 17.03.2023

MAGURA

ein, wie er auch unmittelbar haften würde. Für den Schadensausgleich zwischen Besteller und Lieferant finden die Grundsätze des § 254 BGB entsprechende Anwendung. Dies gilt auch für den Fall einer direkten Inanspruchnahme des Lieferanten.

3. Die Ersatzpflicht ist ausgeschlossen, soweit der Besteller seinerseits die Haftung gegenüber seinem Abnehmer wirksam beschränkt hat. Dabei wird der Besteller bemüht sein, Haftungsbeschränkungen in rechtlich zulässigem Umfang auch zugunsten des Lieferanten zu vereinbaren.
4. Ansprüche des Bestellers sind soweit ausgeschlossen, wie der Schaden zurückzuführen ist auf dem Besteller zuzurechnende Verletzungen von Bedienungs-, Wartungs- und Einbauvorschriften, ungeeignete oder unsachgemäße Verwendung, fehlerhafte oder nachlässige Behandlung, natürlichen Verschleiß oder fehlerhafte Reparatur.
5. Für Maßnahmen des Bestellers zur Schadensabwehr (z. B. Rückrufaktion) haftet der Lieferant, soweit er rechtlich verpflichtet ist.
6. Der Besteller wird den Lieferanten, falls er diesen nach den vorstehenden Regelungen in Anspruch nehmen will, unverzüglich und umfassend informieren und konsultieren. Er hat dem Lieferanten Gelegenheit zur Untersuchung des Schadenfalls zu geben. Über die zu ergreifenden Maßnahmen, insbesondere bei Vergleichsverhandlungen, werden sich die Vertragspartner abstimmen.
7. Die in Abschnitt VII Ziffer 1 aufgestellten Grundsätze sind entsprechend anzuwenden, soweit keine oder keine ausreichende Versicherung des Lieferanten besteht.

XII. Schutzrechte

1. Der Lieferant haftet für Ansprüche, die sich bei vertragsgemäßer Verwendung der Liefergegenstände aus der Verletzung von Schutzrechten und Schutzrechtsanmeldungen (Schutzrechte) ergeben, von denen mindestens eines aus der Schutzrechtsfamilie entweder im Heimatland des Lieferanten, vom Europäischen Patentamt oder in einem der Staaten Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich oder USA veröffentlicht ist.
2. Er stellt den Besteller und seine Abnehmer von allen Ansprüchen aus der Benutzung solcher Schutzrechte frei.
3. Dies gilt nicht, soweit der Lieferant die Liefergegenstände nach vom Besteller übergebenen Zeichnungen, Modellen oder diesen gleichkommenden sonstigen Beschreibungen oder Angaben des Bestellers hergestellt hat und nicht weiß oder im Zusammenhang mit den von ihm entwickelten Erzeugnissen nicht wissen muss, dass dadurch Schutzrechte verletzt werden.
4. Soweit der Lieferant nach Ziffer 3 nicht haftet, stellt der Besteller ihn von allen Ansprüchen Dritter frei.
5. Die Vertragspartner verpflichten sich, sich unverzüglich von bekanntwerdenden Verletzungsrisiken und angeblichen Verletzungsfällen zu unterrichten und sich Gelegenheit zu geben, entsprechenden Ansprüchen einvernehmlich entgegenzuwirken.
6. Der Lieferant wird auf Anfrage des Bestellers die Benutzung von veröffentlichten und unveröffentlichten eigenen und von lizenzierten Schutzrechten und Schutzrechtsanmeldungen an dem Liefergegenstand mitteilen.
7. Die in Abschnitt VII Ziffer 1 enthaltenen Grundsätze zur Haftungsbegrenzung sind entsprechend anzuwenden.

XIII. Verwendung von Fertigungsmitteln und vertraulichen Angaben des Bestellers

Modelle, Matrizen, Schablonen, Muster, Werkzeuge und sonstige Fertigungsmittel, ebenso vertrauliche Angaben, die dem Lieferanten vom Besteller zur Verfügung gestellt oder von ihm voll bezahlt werden, dürfen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Bestellers für Lieferungen an Dritte verwendet werden.

XIV. Eigentumsvorbehalt

Der Lieferant behält sich das Eigentum an sämtlichen von ihm gelieferten Waren bis zur restlosen Bezahlung vor; hierbei gelten alle Lieferungen als ein zusammenhängendes Liefergeschäft. Bei laufender Rechnung gilt das vorbehaltene Eigentum als Sicherung für seine Saldoforderung. Werden die Waren von dem Besteller mit anderen Gegenständen zu einer einheitlichen Sache verbunden und ist die andere Sache als Hauptsache anzusehen, ist der Besteller verpflichtet, dem Lieferant anteilig Miteigentum zu übertragen, soweit die Hauptsache ihm gehört. Veräußert der Besteller die gelieferte Ware bestimmungsgemäß weiter, tritt er hiermit schon jetzt die aus der Veräußerung entstehenden Forderungen gegen seine Abnehmer mit allen Nebenrechten an den Lieferanten bis zur völligen Tilgung aller dessen Forderungen ab.

Aus begründetem Anlass ist der Besteller auf Verlangen des Lieferanten verpflichtet, die Abtretung den Drittkäufern bekanntzugeben und dem Lieferanten die zur Geltendmachung seiner Rechte erforderlichen Auskünfte zu geben und Unterlagen auszuhändigen.

Der Lieferant wird die von ihm gehaltenen Sicherungen insoweit freigeben, als ihr Wert die zu sichernden Forderungen um mehr als insgesamt 20 % übersteigt.

XV. Allgemeine Bestimmungen

1. Bei der Bestimmung der Höhe der vom Lieferanten zu erfüllenden Ersatzansprüche gemäß den Abschnitten VII, X, XI und XII sind die wirtschaftlichen Gegebenheiten des Lieferanten, Art, Umfang und Dauer der Geschäftsverbindung, etwaige Verursachungs- und/oder Verschuldensbeiträge des Bestellers nach Maßgabe des § 254 BGB und eine besonders ungünstige Einbausituation des Zulieferteils angemessen zugunsten des Lieferanten zu berücksichtigen. Insbesondere müssen die Ersatzleistungen, Kosten und Aufwendungen, die der Lieferant tragen soll, in einem angemessenen Verhältnis zum Wert des Zulieferteils stehen.
2. Stellt ein Vertragspartner seine Zahlungen ein oder wird das Insolvenzverfahren über sein Vermögen oder ein außergerichtliches Vergleichsverfahren beantragt, so ist der andere berechtigt, für den nicht erfüllten Teil vom Vertrag zurückzutreten.
3. Sollte eine Bestimmung dieser Bedingungen und der getroffenen weiteren Vereinbarungen unwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. Die Vertragspartner sind verpflichtet, die unwirksame Bestimmung durch eine ihr im wirtschaftlichen Erfolg möglichst gleichkommende Regelung zu ersetzen.
4. Es gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland, soweit nicht etwas anderes vereinbart ist. Die Anwendung des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 11.4.1980 über Verträge über den internationalen Warenkauf ist ausgeschlossen.
5. Erfüllungsort ist der Sitz des Bestellers. Für die Lieferung kann etwas anderes vereinbart werden.
6. Gerichtsstand ist der Sitz des Klägers oder ein anderes zuständiges Gericht.

Einkaufsbedingungen /

Conditions of Purchase

Stand / as of: 17.03.2023

MAGURA

General terms and conditions for the purchase of production materials and spare parts intended for automobiles.

I. Governing conditions

The legal relations between the supplier and the buyer are subject to these conditions and any other agreements. Any amendments or additions must be made in writing. Other general terms and conditions of business shall not apply even if no explicit objections have been raised in any individual case.

II. Orders

1. Supply contracts (order and acceptance of the order) and delivery call-offs, and any amendments or additions thereto, must be made in writing. Deliveries may also be called off by remote data transmission.
2. If the supplier does not accept the order within three weeks of receipt, the buyer shall be entitled to cancel the order. Delivery call-offs shall become binding at the latest if the supplier does not object to them within two weeks of receipt.
3. Within the scope of what is reasonably acceptable for the supplier, the buyer may request modifications to the design and execution of the goods to be delivered. The consequences of such modifications, in particular regarding increased or decreased costs and the delivery dates, shall be regulated appropriately by mutual agreement.

III. Payment

1. The payment will be agreed separately.
If early deliveries are accepted, payment shall become due in accordance with the agreed delivery date.
2. Payment shall be made by bank transfer or check.
3. In the event of a defective delivery, the buyer shall be entitled to withhold payment in proportion to the value of the defective delivery, until the order has been properly fulfilled.
4. Without the prior written consent of the buyer, which may not be unreasonably withheld, the supplier is not entitled to assign its receivables or to have them collected by third parties. In the case of extended reservation of title, consent shall be deemed to have been given.
If the supplier assigns its receivable against the buyer to a third party without the buyer's consent in contradiction of sentence 1, the assignment shall nonetheless be effective. The buyer may, however, choose whether to make payment to the supplier or the third party, with discharging effect.

IV. Notification of defects

The buyer shall notify the supplier in writing of defects in delivery without delay as soon as they are detected in the course of ordinary business. In this respect the supplier waives the right to object on the grounds of delayed notification of defects.

V. Confidentiality

1. The contractual partners undertake to handle all commercial and technical details not in the public domain, which become known to them through the business relationship, as confidential in the meaning of the German Trade Secrets Act (Gesetz zum Schutz von

Geschäftsgeheimnissen, GeschGehG), to guarantee their secrecy, and to use them solely for performance of the contract (including the enforcement of potential warranty and liability claims and pursuing other purposes envisaged in the contract).

2. Drawings, models, templates, samples and similar objects may not be passed to or otherwise made accessible to unauthorized third parties. The replication of such items is permitted only within the scope of business requirements and the provisions of copyright law.
3. Sub-suppliers must be placed under the same obligation.
4. The contractual partners may use the business relationship for advertising purposes only with the prior written consent of the other party.
5. The contractual partners undertake to secure all trade secrets effectively using state-of-the-art technology against unauthorized access, alteration, destruction and loss, unauthorized transfer, other unauthorized processing and other forms of misuse. The supplier shall be deemed to have met this obligation if the requirements of the most recently published version of the VDA ISA (basic level) are satisfied.
6. At the explicit prior request of the buyer, the supplier is required to have a TISAX audit performed within a reasonable period of time with the TISAX assessment objective specified by the buyer and to make the result available to the buyer. The contractual partners shall reach mutual agreement on the details.

VI. Delivery dates and deadlines

Agreed delivery dates and deadlines are binding. Compliance with the delivery date or delivery deadline shall be determined by the time of receipt of the goods by the buyer. Unless "ex works" has been agreed, the supplier shall provide the goods in time, taking into consideration the time normally required for loading and shipping.

VII. Delayed delivery

1. The supplier shall compensate the buyer for damages caused by delay.
This shall not apply to lost profit or damage arising from interruption of business.
2. In the case of minor negligence, the compensation shall be limited to additional freight costs, retrofitting costs and, after the unsuccessful expiry of an extended deadline or after interest in the delivery has ceased, to the additional expenditure arising from covering purchases.

VIII. Force majeure

Force majeure, industrial disputes, unrest, governmental or official actions and other unforeseeable, unavoidable and serious events shall release the contractual partners from their performance obligations for the duration of the disruption and to the extent that it affects their performance obligations. This shall also apply if such events occur at a time when the contractual partner affected is in default. The contractual partners are required to take reasonable measures without delay to provide the necessary information and to adjust their obligations to the altered conditions in good faith.

Einkaufsbedingungen / Conditions of Purchase

Stand / as of: 17.03.2023

MAGURA

IX. Quality and documentation

- Concerning its deliveries, the supplier must comply with the accepted engineering standards, safety regulations and the agreed technical data. Any modifications to the goods to be delivered require the prior written consent of the buyer. On initial sample inspection, see the VDA publication "Volume 2 Quality Assurance for Supplies Production process and product approval PPA."

Notwithstanding the above, the supplier shall continuously monitor the quality of the goods to be delivered. The contractual partners shall inform each other about the options for improving quality.

- If no firm agreement exists between the supplier and the buyer on the type and scope of inspections and the equipment and methods to be used therefor, the buyer shall, upon request from the supplier, willingly discuss the inspections with the buyer to the extent possible in view of its knowledge, experience and capabilities, in order to determine the inspection technology required in each case. Furthermore, upon request, the buyer shall inform the supplier about the relevant safety regulations.

For further information on measuring and inspection processes, see the VDA publication "Volume 5 Test Process Suitability, Suitability of Measurement Systems, Measurement and Test Processes, Extended Measurement Uncertainty, Conformity Assessment."

- Furthermore, in the case of specially designated characteristics, for example those marked "D" in the technical documents, or owing to a separate agreement, the supplier shall keep special records showing when, how and by whom the goods to be delivered were tested in relation to the special characteristics, and the results from the required quality tests.

The testing documents shall be retained for at least fifteen years and presented to the buyer if necessary. The supplier shall obtain an undertaking of the same scope from upstream sub-suppliers to the extent permitted by law. For documentation and archiving, see the VDA publication "Volume 1 – Documentation and Archiving – Code of practice for the documentation and archiving of quality requirements" and the VDA publication "Product Development: Process description Special Characteristics."

- If any governmental authorities that are responsible for motor vehicle safety, exhaust regulations or similar demand access to the buyer's production process and the testing/inspection documentation in order to verify certain requirements, the supplier shall, upon request from the buyer, willingly afford them the same rights regarding its business operations and provide all reasonable support.

X. Liability for defects

- Unless otherwise agreed, if defective goods are delivered, the buyer may demand the following, provided that the applicable legal requirements and those indicated below are met:

- Before the start of production (processing or installation), the buyer shall firstly give the supplier the opportunity to sort out the defective goods and to remedy the defects or to provide a subsequent (replacement) delivery, unless this is unreasonable for the buyer. If the supplier is unable to accomplish this, or does not do so without delay, the buyer may withdraw from the contract in this respect without setting a further deadline and return the goods at the supplier's risk. In urgent cases the buyer may, after consultation with the supplier, remedy the defects itself or have this work done by a third party. Any costs thus incurred shall be borne by the supplier. In the event of another delivery of the same defective goods, the buyer shall, after issuing a written warning, also be entitled to withdraw from the contract in respect of the goods not yet delivered.

- If the defect is not detected until after the start of production despite compliance with the obligation pursuant to section IV (Notification of defects), the buyer may:

- in accordance with section 439(1), (3) and (4) of the German Civil Code (Bundesgesetzbuch, BGB) demand subsequent performance and reimbursement of the associated necessary transportation costs (excluding towing charges) and dismantling and installation costs (labor costs; material costs where agreed).
- or reduce the purchase price.

- In the event of a culpable breach of obligation over and above the supply of defective goods (e.g. obligations of information, consultation or examination), in accordance with section XI the buyer may demand compensation for the resulting consequential damages and for the consequential damages paid by the buyer to its customer under the law. Consequential damage is damage to legally protected interests other than the goods themselves, which the buyer has suffered as a result of the delivery of defective goods. The buyer may assert further claims regarding expenses and compensation for damages based on the delivery of defective goods arising from section 437 BGB or directly from the regulations cited therein only if this has been contractually agreed. Section XV subsection 1 shall apply to new agreements.

- Upon request, the parts to be replaced by the supplier shall be made available to the supplier at its cost by the buyer without delay.

- Unless agreed otherwise, any claims arising from liability for defects shall become time barred after 24 months from the vehicle's first registration or the installation of the replacement parts, but at the latest after 30 months from delivery to the buyer. Unless agreed otherwise, goods supplied for commercial vehicles are subject to the statutory period of limitation.

- Warranty claims do not arise if the defect can be attributed to violation of operating, maintenance or installation regulations, unsuitable or improper use, incorrect or negligent handling, natural wear and tear, or interference by the buyer or third parties with the goods delivered.

- In the case of defective deliveries, claims of the buyer arising from the German Product Liability Act (Produkthaftungsgesetz), tort law, or conducting business without authority shall remain unaffected by this section X. Quality and durability guarantees must be explicitly stated individually as such in writing.

XI. Liability

Unless liability is regulated differently elsewhere in these conditions, the supplier shall be liable for compensation for damage suffered by the buyer either directly or indirectly as a consequence of an incorrect delivery, or violation of official safety regulations or for any other legal reason attributable to the supplier, only as set out in the following.

- In general the liability for compensation for damage exists only if the damage was caused by fault of the supplier.
- If a claim is brought against the buyer based on no-fault liability under mandatory law, the supplier shall assume liability on the buyer's behalf to the extent to which it would be directly liable. The principles of section 254 BGB shall apply mutatis mutandis to settlement of damages payments between buyer and supplier. The same shall apply in the event of a direct claim against the supplier.
- The obligation to compensate for damages is excluded if the buyer, for its part, has effectively limited liability to its customer. The buyer shall endeavor to agree liability limitations to the extent permissible by law also in favor of the supplier.



Einkaufsbedingungen / Conditions of Purchase

Stand / as of: 17.03.2023

4. Claims brought by the buyer are excluded if the damage was caused by violations attributable to the buyer of operating, maintenance or installation regulations, unsuitable or improper use, incorrect or negligent handling, natural wear and tear, or faulty repair.
5. To the extent provided by law, the supplier shall be liable for measures taken by the buyer to avert damage (e.g. product recalls).
6. If the buyer wishes to assert a claim against the supplier in accordance with the foregoing regulations, the buyer shall fully inform and consult with the supplier without delay. It shall give the supplier the opportunity to investigate the damage. The contractual partners shall consult with each other on the measures to be taken, in particular regarding settlement negotiations.
7. The principles set out in section VII subsection 1 shall apply mutatis mutandis if the supplier is not insured or is insufficiently insured.

XII. Intellectual property rights

1. The supplier shall be liable for claims that arise during contractual use of the goods delivered and which are based on violation of intellectual property rights and applications for intellectual property rights (patents), if at least one of the rights in the family of related rights has been published either in the home country of the supplier, or by the European Patent Office, or in one of the following states: Federal Republic of Germany, France, United Kingdom, Austria, United States of America.
2. The supplier shall indemnify the buyer and its customers against all claims arising from the use of such intellectual property rights.
3. This shall not apply if the supplier has produced the goods delivered in accordance with the buyer's drawings, models or equivalent other descriptions or specifications provided by the buyer, and did not know, or with respect to the products it developed did not have to know, that intellectual property rights were thus violated.
4. To the extent that the supplier is not liable under subsection 3, the buyer shall indemnify it against all claims brought by third parties.
5. The contractual partners undertake to inform each other without delay of risks of violation and alleged violations that become known to them, and to give each other the opportunity to cooperate on counteracting associated claims.
6. At the buyer's request, the supplier shall inform it of the use of its own or licensed, published and unpublished intellectual property rights and applications for intellectual property rights to the goods to be delivered.
7. The principles set out in section VII subsection 1 regarding limitation of liability shall apply mutatis mutandis.

XIII. Use of the buyer's means of production and confidential information

Models, matrices, templates, samples, tools and other means of production, and confidential information, which the buyer makes available to the supplier or which the buyer pays for in full, may be used for deliveries to third parties only with the buyer's prior written consent.

XIV. Retention of title

The supplier retains title to all goods it delivers until they have been paid for in full; in this respect all deliveries shall be regarded as one single delivery transaction. In the case of current account deliveries, the retention of title shall be regarded as security for the payable balance.

If the buyer combines the goods with other objects into a single unit, and

if the other object is to be considered the principal constituent, the buyer is required to assign to the supplier joint ownership in proportion to the extent that the principal constituent belongs to it. If the buyer sells the goods delivered in accordance with the contract, it hereby immediately assigns in advance the receivables from its customers arising from the sale and all ancillary rights to the supplier until all the supplier's claims are settled in full.

In justified circumstances, at the request of the supplier the buyer is required to inform the third party buyers of the assignment and to provide the supplier with the required information and documents necessary for asserting its rights.

The supplier shall release the securities it has held insofar as their value exceeds that of the claims to be secured by more than 20% in total.

XV. General provisions

1. The amount of compensation for damages to be paid by the supplier pursuant to sections VII, X, XI and XII shall be determined, in favor of the supplier, in due consideration of the economic situation of the supplier, the type, scope and duration of the business relationship, any contributory causes and/or fault of the buyer in accordance with section 254 BGB, and a particularly unfavorable installation situation of the part supplied. In particular, the replacements, costs and expenditures to be borne by the supplier must be proportionate to the value of the part supplied.
2. In the event that one contractual partner ceases payment, or applies for insolvency proceedings with regard to its assets or for an out-of-court settlement procedure, the other contractual partner shall be entitled to withdraw from the part of the contract not yet fulfilled.
3. If one provision of these conditions or of the other agreements entered into should be or become invalid, this shall not affect the validity of the remainder of the contract. The contractual partners shall replace the invalid provision with a valid regulation that comes as close as possible to the economic outcome of the invalid provision.
4. Unless otherwise agreed, the contract shall be governed exclusively by the law of the Federal Republic of Germany. Application of the United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods of April 11, 1980, is excluded.
5. The place of performance is where the buyer has its registered office. A different place of performance may be agreed for delivery.
6. The place of jurisdiction is where the plaintiff has its registered office, or another competent court.

Translation (only German text is authentic)